

Kritik an geplanter Schliessung zweisprachiger Schulklassen in Bern

Helen Kleinschmidt

Kritik an geplanter Schliessung zweisprachiger Schulklassen in Bern

Die Absicht der Stadt Bern, den Versuch mit deutsch-französischen Schulklassen wieder einzustampfen, erregt weiterhin die Gemüter. Am Dienstag zeigten sich mehrere Organisationen, die sich für Zweisprachigkeit und interkulturellen Dialog einsetzen, besorgt.

Die Stadt Bern opfere ein funktionierendes Projekt, anstatt nach Lösungen zu suchen, heisst es in einer am Dienstag verbreiteten Mitteilung von acht Organisationen, zu denen etwa das Forum für die Zweisprachigkeit oder Bern bilingue gehören.

Die Präsenz des Französischen im Zentrum des Kantons sei ein Zeichen des Respekts und des interkulturellen Zusammenhalts, heisst es in der Mitteilung.

Kein Luxus

Bern beherberge die Bundesinstitutionen: Bundesrat, Parlament und allgemeine Verwaltung. Die Stadt müsse die mehrsprachige Identität der Schweiz verkörpern. Die Sichtbarkeit und der Gebrauch des Französischen in der Stadt seien unerlässlich, um diese nationale Realität widerzuspiegeln.

Zweisprachigkeit sei kein Luxus, sondern kultureller Richtung und ein Bildungsvorteil. Die Organisationen fordern die Stadtberner Behörden auf, den Schliessungsentscheid auszusetzen und das Projekt zu sichern.

Zu teuer und anspruchsvoll

Die Stadt Bern hat die «Classes bilingues de la Ville de Berne» 2019 ins Leben gerufen. Der Schulversuch soll auf Sommer 2026 hin beendet werden, wie die Stadt jüngst bekannt gab. Sie nannte fachliche, organisatorische und finanzielle Gründe. Zwei Sprachen gleichwertig zu unterrichten gehe auf Kosten der obligatorischen Fächer, hiess es im Communiqué.

Weiter hätten sich die Personalplanung, die Schulentwicklung und die Weiterbildung der Lehrpersonen vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels als «ausserordentlich anspruchsvoll» erwiesen. Nicht zuletzt seien für den zweisprachigen Unterricht Mehrkosten von bis zu einer Million Franken pro Jahr entstanden.

Die zuständige Gemeinderätin Ursina Anderegg (Grünes Bündnis) verteidigte Anfang Mai im Berner Stadtparlament ihren Entscheid. Er sei «sorgfältig diskutiert und abgewogen» worden, das gelte auch für die Art der Kommunikation. Die Stadt habe den Versuch mit den zweisprachigen Klassen engagiert gewagt, er funktioniere unter den vorherrschenden Rahmenbedingungen aber nicht.

Vorstoss auf Kantonsebene

Unterdessen wurde auf Kantonsebene ein breit abgestützter Vorstoss eingereicht, der verlangt, dass die Rahmenbedingungen so ausgestaltet werden, dass zweisprachige Klassen in allen Gemeinden möglich sind.

Die Eröffnung solcher Klassen dürfe nicht mehr von der Initiative oder der finanziellen Potenz einzelner Gemeinden

abhängen, begründen die Vorstösserinnen und Vorstösser ihre Forderungen. Die Antwort des Regierungsrats steht noch aus. (hkl/sda)